

Bebauungsplan „Saalower Allee“ der Gemeinde Am Mellensee
- Abwägungsprotokoll zur Beteiligung der TÖB zum Entwurf – Stand 19.12.2013 -
mit Abstimmungsergebnis der GV Am Mellensee

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
1. Gemeinsame Landesplanungsabteilung	Mitteilung der Ziele, Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung und Stellungnahme als TÖB vom 10.12.2013			
Die Beteiligung zur Außenbereichssatzung für die Siedlung Saalower Allee, zu der die Gemeinde Am Mellensee ein Schreiben vom 18.04.2013 erhalten hat, wird als Anfrage nach den Zielen der Raumordnung angesehen und es wird jetzt zum vorgelegten Entwurf des B-Plans Stellung genommen.				
Planungsabsicht: Sicherung und Arrondierung einer bestehenden Splittersiedlung. Beurteilung der Planungsabsicht: <i>...Es werden die rechtlichen Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht genannt.</i>				
Bewertung: Die Planungsabsicht ist mit den Zielen der Raumordnung vereinbar. Ziele und Grundsätze der Raumordnung Für den vorgesehenen Geltungsbereich enthält der LEP B-B keine flächenbezogenen Festlegungen. <i>Es werden die relevanten Erfordernisse der Raumordnung aufgelistet.</i> Das Plangebiet liegt abgerückt von der Ortslage Saalow im Freiraum und stellt keinen im Zusammenhang bebauten Ortsteil dar. Die vorhandene Bebauung ist planungsrechtlich als Splittersiedlung zu beurteilen. Der geplante Standort für das Wohnhaus liegt am nördlichen Rand der Splittersiedlung und grenzt an vorhandene Bebauung im Westen und Süden an. Das Bauvorhaben stellt eine nur unwesentliche Ausdehnung der vorhandenen Splittersiedlung dar und ist mit Ziel 4.3 LEP B-B vereinbar (Vermeidung der Erweiterung von Streu- und Splittersiedlungen).	Zustimmung, da nur eine geringfügige Erweiterung der Splittersiedlung geplant ist. Bei weiteren Planungen in der Gemeinde Am Mellensee, die die Kontingente der zusätzlichen Entwicklungsoption (0,5 ha/ 1000 Einwohner in 10 Jahren) beanspruchen, sind 0,6 ha der zusätzlichen Entwicklungsoption von ca. 3,4 ha insgesamt zu berücksichtigen.			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
Die zusätzliche Wohnsiedlungsfläche ist aber gemäß Ziel 4.5 Abs. 2 LEP B-B auf das Entwicklungskontingent der Gemeinde Am Mellensee anzurechnen. Die für die Planung relevanten Grundsätze der Raumordnung sind bei der weiteren Konkretisierung im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.				
<p>Sonstige Erfordernisse der Raumordnung</p> <p>Mit der Einleitung des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf des Regionalplans havelland-Fläming 2020 am 11.06.2012 liegen in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung vor, die in der Fassung des 2. Entwurfs vom 24.10.2013 als sonstige Erfordernisse der Raumordnung im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 4 ROG bei der Aufstellung von Bauleitplänen zu berücksichtigen sind.</p> <p>Die Festlegungskarte des RegPlan-Entwurfs H-F enthält für den Geltungsbereich keine flächenbezogenen Festlegungen. Die Planung ist von in Aufstellung befindlichen Zielen des RegPlan-Entwurf H-F nicht betroffen.</p>	Hinweis, keine Abwägung erforderlich, da keine Betroffenheit.			
<p>Hinweis</p> <p>Diese Mitteilung gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planungsanzeige geführt haben, nicht wesentlich geändert werden.</p> <p>Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</p>	Information, keine Abwägung erforderlich.			
2. Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming	Stellungnahme vom 18.12.2013			
1. Es werden formale Hinweise zum Stand der Regionalplanung gegeben.	Hinweise, keine Abwägung erforderlich.			
<p>2. Regionalplanerische Belange</p> <p>Für den Geltungsbereich des B-Plans sind im Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 2020 keine Festsetzungen vorgesehen.</p> <p>Der beabsichtigten Sicherung der Wohnnutzung stehen Belange der Regionalplanung nicht entgegen.</p>	<p>Keine entgegen stehende Belange.</p> <p>Keine Abwägung erforderlich.</p>			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
3. Landkreis Teltow-Fläming	Stellungnahme vom 18.11.2013			
Kreisentwicklungsamt/ Planung				
Der Begründung liegen zwei Deckblätter bei. Auf einem wird das Verfahren nach § 13 BauGB angegeben. Siehe hierzu auch Aussage auf S. 3 der Begründung. Das Verfahren nach § 13 Abs. 1 BauGB setzt „drei unterschiedliche Fallgestaltungen“ voraus, die im vorliegenden Fall nicht gegeben sind. In der Begründung auf S. 3 wird richtigerweise gleich im 1. Satz festgestellt, dass es sich um ein Vorhaben im Außenbereich (§ 35 BauGB) handelt. Insofern ist ein vereinfachtes Verfahren i.S.d. § 13 BauGB nicht anwendbar. Die entsprechenden Verweise sind aus der Begründung zu streichen.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Dem Hinweis wird gefolgt; es erfolgt ein qualifiziertes B-Planverfahren nach § 8 BauGB.			
Im Übrigen ist zu beachten, dass die amtliche Bekanntmachung zum in Rede stehenden BP vom 30.08.2013 im Amtsblatt für die Gemeinde Am Mellensee (Nr. 08/13) dahingehend fehlerhaft ist, dass auch hier die Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB dokumentiert wird. Sollen mit diesem Beschluss weitere Rechtsfolgen beabsichtigt sein (§ 33 BauGB o.ä.), ist auf die Erforderlichkeit der hinreichenden Anstoßwirkung (nachvollziehbare Gebietsbezeichnung) hinzuweisen.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. (ggf. nochmalige Bekanntmachung und verkürzte Offenlage des Entwurfs)			
Im Weiteren wird auf S. 3 der Begründung erwähnt, dass für den ursprünglich als Außenbereichssatzung vorgesehenen Bereich eine frühzeitige Beteiligung nach § 4 Abs. 1 BauGB stattgefunden hat. Der Landkreis Teltow-Fläming hat zu diesem Vorhaben jedoch eine Stellungnahme nach § 4 Abs. 2 BauGB abgegeben. Die Aussage ist zu prüfen.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Die Aussage wird korrigiert.			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
<p>Die Rechtsgrundlagen auf S. 4 der Begründung haben folgende Aktualisierungen erfahren, die entsprechend zu übernehmen bzw. zu ergänzen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - BauGB..., zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548); Gleiches gilt auch für Planzeichnung, - BauNVO..., zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548); Gleiches gilt auch für Planzeichnung, - BNatSchG..., zuletzt geändert durch Artikel 4 Abs. 100 vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154), - Das BbgNatSchG ist seit dem 01.06.2013 ungültig. Folgende Gesetze finden nunmehr Anwendung: <ul style="list-style-type: none"> - Brandenburgisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz – BbgNatSchAG) vom 21.01.2013 GVBl. I Nr. 3), - Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung – NatSchZustV) vom 27.05.2013 (GVBl. II Nr. 43) - Der Verweis auf die Gesetz zur Bereinigung des Brandenburgischen Naturschutzrechts kann gestrichen werden. - BImSchG in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.05.2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 02.07.2013 (BGBl. I S. 1943). <p>Die korrekte Abkürzung für die Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung) lautet PlanZV. Gleiches gilt auch für die Planzeichnung.</p>	<p>Hinweise, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Es erfolgen die entsprechenden Korrekturen und Aktualisierungen.</p>			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
<p>Hinsichtlich der Aussagen zu den übergeordneten Planungen (S. 6 – 7 der Begründung) ergehen beispielhaft folgende Ergänzungen:</p> <p>Der LEP B-B orientiert grundsätzlich auf das Gebot der vorrangigen Innenentwicklung vor einer Außenentwicklung (vgl. Grundsatz 4.1(G)). Darüber hinaus soll gemäß Ziel 4.3 (Z) eine Erweiterung bereits existierender Streu- und Splittersiedlungen vermieden werden, wobei Planungsaktivitäten ausgenommen sind, die beispielsweise im Wesentlichen (bestands-)ordnende Wirkung haben.</p> <p>Hingewiesen wird zudem auf den in Aufstellung befindlichen Regionalplan Havelland-Fläming 2020. Darin werden unter anderem Vorzugsräume Siedlung ausgewiesen, um die Siedlungsentwicklung stärker auf die technisch bereits erschlossenen und mit Versorgungseinrichtungen ausgestatteten Flächen zu lenken. Für die Gemeinde Am Mellensee wird dabei die Ortslage Sperenberg als Vorzugsraum für die Siedlungsentwicklung dargestellt (Grundsatzfestlegung).</p> <p>Es wird empfohlen, im weiteren Planverfahren die Auseinandersetzung mit einzelnen Festlegungen der übergeordneten Raumplanung und ggf. die kommunale Abwägung hierzu in die Begründung zum Plan aufzunehmen. Die abschließende Beurteilung, inwieweit der vorgelegte BP-Entwurf den Zielen der Raumordnung entspricht, obliegt wiederum der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung.</p>	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die Gemeinsame Landesplanungsabteilung (GL) hat mit Stellungnahme vom 10.12.2013 dem B-Plan einschließlich der Erweiterung der Siedlung um ein Baugrundstück zugestimmt.</p> <p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Mit der genannten Stellungnahme der GL wird auch bestätigt, dass der B-Plan nicht gegen regionalplanerische Grundsätze verstößt.</p>			
In der textlichen Festsetzung Nr. 1 ist lediglich auf den § 3 der BauNVO zu verweisen, da nur hier relevant.	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Der Verweis auf § 4 BauNVO wird gelöscht.</p>			
Bei der Festsetzung des Maßes der baulichen Nutzung (Nr. 2) ist der § 9 Abs. 4 BauGB zu streichen, da hier nicht relevant. Ergänzend wäre an dieser Stelle der § 19 Abs. 2 und 4 BauNVO aufzunehmen.	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Dem Hinweis wird gefolgt.</p>			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
Die textliche Festsetzung Nr. 2.3 ist bereits durch die Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse hinreichend bestimmt. Weitere gestalterische Festsetzungen regeln sich über die BbgBO und sind als solche im BP entsprechend aufzuführen. Auch ist in diesem Zusammenhang zu beachten, dass die Aussagen zur Bauordnung auf S. 9 der Begründung zu überarbeiten sind.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Die Festsetzung wird unter einer neu aufzuführenden Rubrik zu regeln über die Brandenburger Bauordnung getroffen.			
Hinsichtlich der textlichen Festsetzung Nr. 3 ist zu beachten, dass der § 3 BauNVO die Nutzung der erneuerbaren Energien nicht generell ausschließt. Eine Festsetzung nach § 9 Abs. 1 wäre jedoch nach Nr. 23 möglich, wo Gebiete festgesetzt werden, in denen bei der Errichtung von Gebäuden und bestimmten sonstigen baulichen Anlagen bestimmte bauliche und sonstige technische Maßnahmen für die Erzeugung, Nutzung oder Speicherung von Strom, Wärme oder Kälte aus erneuerbaren Energien und aus Kraft-Wärme-Kopplung getroffen werden müssen. Die baulichen und sonstigen technischen Maßnahmen sind in der Festsetzung konkret zu bezeichnen; sie müssen hinreichend bestimmt sein. Zudem müssen sie sich auf die ebenfalls in der Festsetzung zu bestimmenden Gebäude ... beziehen. Darüber hinaus setzt die Festsetzung städtebauliche Gründe voraus. Der bloße Hinweis auf § 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. F BauGB genügt nicht. Im Übrigen ist auch eine Festsetzung nach § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB möglich. Die Festsetzung Nr. 3 ist demgemäß zu prüfen.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Es erfolgt eine Festsetzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB. Dies wird entsprechend begründet.			
Der 1. Satz der textlichen Festsetzung Nr. 4.1 ist entbehrlich, da zeichnerisch auf dem Plan zuordenbar.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Die textliche Festsetzung wird präzisiert: „An der Nordgrenze des Flurstücks 685 ist eine freiwachsende zweireihige Hecke... zu pflanzen...“			
Für die textliche Festsetzung Nr. 6.1 wird hinsichtlich der Angabe einer Rechtsgrundlage empfohlen zu prüfen, ob es sich um eine Festsetzung i.S.d. BauGB oder der BbgBO handeln soll.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Die Festsetzung wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 „...Maßnahmen zum Schutz... des Bodens...“ getroffen.			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
Für den städtebaulichen Vertrag, der unter Hinweise Erwähnung findet ist zu beachten, dass die Aussage auf S. 10 der Begründung nicht ausreicht. Es sollte zumindest erkennbar dargelegt werden, dass absehbare Realisierungsmöglichkeiten gegeben sind (Stadium der Vertragsverhandlungen).	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Dem Hinweis wird gefolgt und die Begründung entsprechend ergänzt.			
Das Planzeichen und die zeichnerische Festsetzung zum WR sind anzupassen (Randsignatur oder ausgefüllt).	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Das Planzeichen wird wie in der Zeichnung verwendet angepasst.			
Bei dem Maß der baulichen Nutzung sind die Verweise auf die textlichen Festsetzungen in der Planzeichenerklärung zu streichen, da hier nicht relevant.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Die Verweise in der Planzeichenerklärung werden gestrichen.			
Für die Planzeichen zu Grünflächen und Flächen für Wald ist ebenfalls eine Anpassung zwischen Plan und Planzeichenerklärung herzustellen.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Die Planzeichen werden wie in der Zeichnung verwendet angepasst.			
Bei dem Planzeichen nach § 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB handelt es sich gemäß der PlanZV Nr. 13 um „Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft“. Die beabsichtigte Festsetzung erfolgt über das Planzeichen Nr. 13.2.1 „Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen“. Plan und Planzeichenerklärung sollten mit Verweis auf § 2 Abs. 1 PlanZV angepasst werden.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Dem Hinweis wird gefolgt.			
Abschließend wird darauf hingewiesen, dass für die Bezeichnung des BP eine einheitliche Schreibweise zu wählen ist („Saalower Allee“ oder „Saalower Allee Mellensee“).	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Es erfolgt einheitlich die Bezeichnung „Saalower Allee“.			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
<p>Die im Ergebnis der bauplanungsrechtlichen Prüfung erfolgten Darlegungen sind beispielhaft und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.</p> <p>Die von den beteiligten Fachämtern des Landkreises übermittelten Stellungnahmen sind dieser Stellungnahme als Anlagen beigelegt. Alle digital vorliegenden Fachstellungnahmen einschließlich dieser Stellungnahme werden als pdf-Dokument auch per E-Mail übermittelt.</p> <p>Die Stellungnahme des Gesundheitsamtes lab bei Erarbeitung dieses Schreibens nicht vor. Sollten sich im Nachgang noch entsprechende Hinweise und Anregungen ergeben, werden dies4e umgehend nachge- reicht.</p> <p>Gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wird um Mitteilung gebeten, wie die Anregungen und Hinweise des Landkreises Teltow-Fläming behandelt werden.</p>	Informationen, keine Abwägung erforderlich.			
Untere Bauaufsichtsbehörde				
Aus bauordnungsrechtlicher Sicht bestehen keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.			
Bauamt/ Straßenwesen				
Es erfolgt keine baufachliche Prüfung; hierzu wird auf § 10 Abs. 3 BbgStrG verwiesen.	Information, keine Abwägung erforderlich.			
<p>Gegen den B-Plan bestehen keine Bedenken.</p> <p>Dem o.a. Vorhaben stehen keine durch die Straßenbaubehörde des Landkreises zu vertretende Belange entgegen.</p>	Keine Abwägung erforderlich.			
Untere Naturschutzbehörde				
<p>Es bestehen keine Einwendungen.</p> <p>Es bestehen keine eigenen Planungen, die das Plangebiet berühren.</p> <p>Es bestehen keine Bedenken gegen die Planung.</p>	Keine Abwägung erforderlich.			
Forderung: Der erforderliche städtebauliche Vertrag zwischen der Gemeinde Am Mellensee und dem Vorhabenträger bzgl. Des Flurstücks 685 ist der UNB vor Satzungsbeschluss nachzuweisen.	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die Forderung ist durch die Gemeinde Am Mellensee zu realisieren.</p>			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
<p>Hinweise:</p> <p>Das im Begründungstext des B-Plans zitierte Brandenburger Naturschutzgesetz vom 26.05.2004 ist außer Kraft getreten. Nunmehr ist das BbgNatSchAG als Rechtsgrundlage anzuwenden.</p> <p>Die auf S. 6 und S. 13 der Begründung erwähnte, bis dato gemäß § 31 BbgNatSchG geschützte Allee ist nun nach § 17 BbgNatSchAG geschützt.</p> <p>In Kapitel 5.1 (Umweltbericht) sollte auf den Landschaftsrahmenplan des Landkreises Teltow-Fläming (LRP) und seine Ziele eingegangen werden. Der LRP bleibt gänzlich unerwähnt.</p>	<p>Hinweise, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die Hinweise werden bei der Überarbeitung der Begründung berücksichtigt.</p>			
Umweltamt/ Wasser, Boden, Abfall				
<p>Hinweis: Es sind die Hinweise gemäß dem Merkblatt der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde (UABB) „Hinweisblatt Planungsvorgaben“ vom 09.03.2010 zu berücksichtigen. Das benannte Merkblatt ist auf der Internetseite des LK TF www.teltow-flaeming.de unter dem Menüpunkt „Was erledige ich wo“ – Merkblätter – Umweltamt abrufbar.</p>	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Das genannte Merkblatt wird bei der weiteren Bearbeitung des BP berücksichtigt.</p>			
Landwirtschaftsamt				
Es bestehen keine Bedenken.	Keine Abwägung erforderlich.			
Straßenverkehrsamt/ Verkehrssicherheit/ Verkehrslenkung				
Es gibt keine Einwände.	Keine Abwägung.			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
<p>Hinweise:</p> <p>Für den Anschluss an die L 79 ist die Zustimmung des Straßenbaulastträgers einzuholen. Bei Einschränkungen von öffentlichem Verkehrsraum auf Grund von Bauarbeiten ist zuvor eine Erlaubnis von der bauausführenden Firma einzuholen und bei der Straßenverkehrsbehörde ein Antrag auf Erteilung einer verkehrsrechtlichen Anordnung gemäß § 45 Abs. 6 StVO zu stellen.</p> <p>Eventuell erforderliche Markierungen/ Beschilderungen im Endzustand des Einmündungsbereichs sind, unter Vorlage eines Markierungs- und Beschilderungsplanes, beim Straßenverkehrsamt Teltow-Fläming zu beantragen.</p>	<p>Hinweise, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die genannte Anbindung an die L 79 ist bereits vorhanden, bauliche Veränderungen einschl. neue Markierungen bzw. Beschilderungen sind nicht vorgesehen und nicht notwendig.</p>			
Amt für Wirtschaftsförderung				
Es gibt keine Forderungen und Bedenken.	Keine Abwägung.			
Ordnungsamt				
Es bestehen keine Bedenken.	Keine Abwägung.			
Amt 51				
Keine Einwände.	Keine Abwägung			
Untere Denkmalschutzbehörde				
<p>Auf den Grundstücken, die innerhalb des B-Plans liegen, sind bisher keine Baudenkmale erfasst. Jedoch liegt an der Nordwestecke des Flurstücks 370 das ortsfeste Bodendenkmal 130579 „Gräberfeld der Eisenzeit“, dessen Schutz durch das BbgDSchG geregelt ist.</p> <p>Somit unterliegt das Flurstück 370 den Bestimmungen des Brandenburger Denkmalschutzgesetzes. Für die künftige Nutzung des Grundstücks (derzeit Waldnutzung) ist der Schutz und Erhalt der Bodendenkmalsubstanz zu beachten. Dies bedeutet, dass im Rahmen der Forstbewirtschaftung keine Erdingriffe durch Rodung, Stubben ziehen oder andere Erdarbeiten stattfinden sollen. Die oberirdische Bewirtschaftung ist derart auszuführen, dass keine Reliefveränderungen stattfinden.</p>	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Das Bodendenkmal wird nachrichtlich in den B-Plan aufgenommen und gekennzeichnet.</p>			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
<p>Das Bodendenkmal ist im Übersichtsplan dazustellen und mit der Signatur „BD“ zu kennzeichnen.</p> <p>Für alle Arbeiten, die in das Bodendenkmal eingreifen, muss der Vorhabenträger/ Eigentümer eine denkmalrechtliche Erlaubnis erwirken. Entsprechende Planungen sollten frühzeitig mit der UDB abgesprochen werden.</p>				
4. Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz – Regionalabteilung Süd	Stellungnahme vom 10.12.2013			
<p>Fachbereich Naturschutz</p> <p>Gemäß § 1 der Verordnung über die Zuständigkeit der Naturschutzbehörden (Naturschutzzuständigkeitsverordnung – NatSchZustV) vom 27.05.2013 ist die untere Naturschutzbehörde zuständig für die Durchführung des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG), des Brandenburgischen Naturschutzausführungsgesetzes (BbgNatSchAG) und der auf ihrer Grundlage erlassenen Rechtsvorschriften.</p> <p>Die erforderlichen Abstimmungen zum Naturschutz sind gemäß den veränderten Zuständigkeiten im weiteren Planverfahren ausschließlich mit der UNB des Landkreises Teltow-Fläming zu führen.</p>	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die UNB wurde am Verfahren beteiligt und hat sich geäußert.</p>			
<p>Fachbereiche Immissionsschutz/ Wasserwirtschaft</p> <p>Aus immissionsschutzrechtlicher und wasserwirtschaftlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Einwände gegen das Planvorhaben.</p>	Keine Einwände, keine Abwägung erforderlich.			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
<p>Hinweise:</p> <p>Der Geltungsbereich des Plangebiets befindet sich ca. 830 m nordöstlich der nach BImSchG genehmigten Anlagen (Schweinezuchtanlage der Saalower Agrar GmbH sowie Biogasanlage der IEP Innovative Energie Potsdam GmbH). Er liegt somit im Einwirkungsbereich der Immissionen dieser Anlagen.</p> <p>Anhand der dem LUGV vorliegenden Unterlagen über den Betrieb dieser gewerblichen Anlagen wurde eingeschätzt, dass im geplanten reinen Wohngebiet Überschreitungen des Geruchsimmissionsrichtwertes der Geruchsimmissionsrichtlinie des Landes Brandenburg (GIRL) nicht zu erwarten sind.</p> <p>Im Plangebiet können somit schädliche Umwelteinwirkungen durch Geruchsimmissionen infolge des Anlagenbetriebes weitgehend ausgeschlossen werden.</p>	<p>Hinweis, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.</p>			
<p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Es wird gebeten, das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. zur Erteilung der Genehmigung gebeten.</p>	<p>Hinweise, keine Abwägung erforderlich.</p> <p>Die Bitten werden zu gegebener Zeit erfüllt.</p>			
5a. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und archäologisches Landesmuseum, Abt. Bau- u. Kunstdenkmalpflege	Stellungnahme vom 30.10.2013			
Baudenkmalpflegerische Belange werden derzeit nicht berührt.	Information, keine Abwägung.			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
5b. Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und archäologisches Landesmuseum, Abt. Bodendenkmalpflege	Stellungnahme vom 09.10.2013			
Die Planung tangiert den Bereich eines Bodendenkmals, das nach § 1 Abs. 1, § 2 Abs. 2 Nr. 4, § 3 Abs. 1 und § 7 Abs. 1 und 2 BbgDschG unter Schutz steht und zu erhalten ist. Es handelt sich um Bodendenkmal Nr. 130579, ein eisenzeitliches Brandgräberfeld. Zur Planung wird wie folgt Stellung genommen:	Information, keine Abwägung erforderlich. Das Bodendenkmal wird in die Planzeichnung nachrichtlich übernommen und gekennzeichnet.			
1. Die Planung tangiert den Bereich eines Bodendenkmals, dessen Ausdehnung der beigefügten Anlage zu entnehmen ist.	Information, keine Abwägung erforderlich. Das Bodendenkmal wird in die Planzeichnung nachrichtlich übernommen und gekennzeichnet.			
2. Folgende Regelungen des Denkmalschutzgesetzes sind in die Planunterlage aufzunehmen, um Planungssicherheit für Vorhabenträger zu gewährleisten: Alle Veränderungen von Bodennutzungen wie z.B. die Anlage oder Befestigung von Wegen, Leitungsverlegungen usw. bedürfen im Bereich des Bodendenkmals einer Erlaubnis (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BbgDSchG). Sie ist bei der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde des Kreises zu beantragen (§ 19 Abs. 1 BbgDSchG) und wird im Benehmen mit dem Landesamt für Denkmalpflege... erteilt (§ 19 Abs. 3 BbgDSchG). Ferner ist diese Maßnahme dokumentationspflichtig (§ 9 Abs. 3 und 4 BbgDSchG). Erdingriffe müssen also archäologisch begleitet und entdeckte Bodendenkmale fachgerecht untersucht werden. Für die hier erforderlichen Dokumentationsarbeiten, zu denen die denkmalgerechte Erlaubnis der Unteren Denkmalschutzbehörde Näheres festlegen wird, ist ein Archäologe bzw. eine archäologische Fachfirma zu gewinnen, deren Auswahl das Landesamt für Denkmalpflege... zustimmen muss.	Hinweise, keine Abwägung erforderlich. Die Hinweise werden in die Begründung aufgenommen.			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
Die Kosten für die archäologischen Maßnahmen sind nach § 7 Abs. 3 und 4 BbgDSchG vom Veranlasser der Eideingriffe im Rahmen des Zumutbaren zu tragen. Die durch archäologische Baubegleitungen, Ausgrabungen o.ä. entstehenden Mehrkosten und Bauverzögerungen sind einzukalkulieren, wenn Bodendenkmalbereiche beplant werden.				
3. Bei Erdarbeiten darüber hinaus unvermutet entdeckte Bodendenkmale (Scherben, Knochen, Stein- und Metallgegenstände, Steinsetzungen, Holz, Verfärbungen etc.) sind unverzüglich der Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Landesamt für Denkmalpflege... anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die aufgefundenen Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind mindestens bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige auf Verlangen der Denkmalschutzbehörde ggf. auch darüber hinaus, in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).	Hinweise, keine Abwägung erforderlich. Die Hinweise werden in die Begründung aufgenommen.			
4. Funde sind dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege... zu übergeben (§ 11 Abs. 4 und § 12 BbgDSchG).	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Der Hinweis wird in die Begründung aufgenommen.			
Bei der lage- und erstreckungsgenau vorzunehmenden Übernahme des ausgewiesenen Bodendenkmals können die in der Anlage zur Planzeichenverordnung aufgeführten Zeichen verwendet werden. Um Bodendenkmale von Baudenkmalen abzugrenzen, wird die Signatur „BD“ für „Bodendenkmal“ vorgeschlagen.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Dem Hinweis wird bei der Übernahme des Bodendenkmals in die Planzeichnung gefolgt.			
Diese Stellungnahme der Bodendenkmalfachbehörde ist nachrichtlich in die Planzeichnung und in den Erläuterungsbericht zur o.g. Planung aufzunehmen. Es wird gebeten, die Planung nach Überarbeitung zur Prüfung und Bestätigung im Rahmen des weiteren Verfahrens zuzusenden.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich. Dem Hinweis wird gefolgt.			
6. Landesbetrieb Straßenwesen, Niederlassung Süd	Stellungnahme vom 11.11.2013			
Der Landesbetrieb Straßenwesen stimmt dem Entwurf des B-Plans grundsätzlich zu.	Keine Abwägung.			

Stellungnahme, Anregung, Hinweis	Abwägungsvorschlag	Beschluss der Gemeinde		
		ja	nein	Enth.
Zufahrten von der Saalower Allee (L 79) sind zu allen einbezogenen Grundstücken vorhanden.	Feststellung, keine Abwägung erforderlich.			
Straßenplanungen des Bundes oder des Landes werden aus heutigem Erkenntnisstand nicht betroffen.	Hinweis, keine Abwägung erforderlich.			
7. Zweckverband KMS Zossen	Keine Stellungnahme			
8. Gemeinde Nuthe-Urstromtal	Keine Stellungnahme			
9. Stadt Zossen	Keine Stellungnahme			

Beteiligungen von Bürgern zur Offenlage des Entwurfs des B-Plans im Zeitraum vom 14.10. bis zum 15.11.2013 erfolgten nicht.